



Allen Jugendlichen innerhalb von drei Jahren nach der Schule einen Ausbildungsabschluss ermöglichen!

► Wie in jedem Jahr beschäftigt sich auch diese „Sommerausgabe“ der BWP – BERUFSBILDUNG IN WISSENSCHAFT UND PRAXIS mit der Entwicklung der Berufsausbildungschancen der jungen Generation, mit Faktoren, die diese Chancen beeinflussen und mit Möglichkeiten, diese Chancen zu verbessern.

Der Ausbildungsstellenmarkt ist seit Jahren mehr als angespannt. Die Bundesagentur für Arbeit hat Ende September 2005 knapp 41.000 noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber und -bewerberinnen registriert. Experten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) schätzen in einer Zusammenschau einschlägiger Statistiken und repräsentativer Erhebungen, dass mindestens weitere mehr als 100.000 überwiegend ausbildungsfähige Bewerberinnen und Bewerber trotz intensiver Ausbildungsplatzsuche erfolglos blieben.¹

Dank des Ausbildungspaktes von Wirtschaft und Bundesregierung hat sich das betriebliche Ausbildungsangebot in den letzten beiden Jahren zwar günstiger entwickelt als die Beschäftigung insgesamt und liegt auch 2005 noch über dem Niveau von 2003. Die Paktpartner haben alle Zusagen eingehalten und teilweise übererfüllt. Insoweit ist der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ erfolgreich. Eine völlige Abkopplung der Ausbildungsleistungen der Betriebe von der Beschäftigungsentwicklung ist aber offenbar nicht zu erreichen. Eine nachhaltige Lösung der Probleme am Ausbildungsstellenmarkt hat der Ausbildungspakt deshalb bisher nicht bewirken können.

Bundesministerin Annette Schavan erläutert in diesem Heft in einem Interview mit BWP, dass sie deshalb neben der Fortführung des Ausbildungspaktes einen Innovationskreis Berufliche Bildung einberufen hat, der Vorschläge für eine entscheidende Verbesserung der Strukturen der beruflichen Bildung entwickeln soll.

Die Ministerin mahnt darüber hinaus eine „neue Dynamik“ des Ausbildungspaktes an und weist darauf hin, dass neben mehr neuen betrieblichen Ausbildungsplätzen in Branchen mit wachsender Beschäftigung auch vollzeitschulische Ausbildungsangebote gebraucht werden, die für den Arbeitsmarkt qualifizieren.

Auch hier ist die Weiterentwicklung tradierter Strukturen im Interesse der jungen Generation und im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mehr als überfällig. Es ist eine schwerwiegende strukturelle Schwäche des deutschen Berufsbildungssystems, dass Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz und schulische Berufsausbildung nach Länderrecht weitgehend unabhängig entwickelt werden, nahezu unverbunden nebeneinander stehen und die Anrechnung einschlägiger Qualifikationen oder die Zulassung schulisch Ausgebildeter zur Kammerprüfung für anerkannte Ausbildungsberufe eher selten sind.

Dies wiegt umso schwerer, als die weitaus meisten erfolglosen Ausbildungsplatzsuchenden statt der gewünschten betrieblichen Berufsausbildung zunächst eine schulische oder außerschulische Berufsausbildungsvorbereitung, eine schulische Berufsgrundbildung, weiterführende Bildungsgänge an beruflichen Schulen oder eine vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen durchlaufen. Anschließend bewirbt sich die Mehrzahl erneut um einen betrieblichen Ausbildungsplatz und absolviert bei Erfolg unabhängig von erworbenen Vorqualifikationen in der Regel die volle Ausbildungszeit. Nicht Wenige bleiben aber bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz erneut erfolglos und beginnen eine weitere schulische oder außerschulische „Maßnahme“. Im Berufsbildungsjargon ist deshalb die Rede von „unproduktiven Warteschleifen“ und

Anmerkung

- ¹ Vgl. den Beitrag von Joachim Gerd Ulrich in diesem Heft sowie Kapitel 1.3 im Teil II des Berufsbildungsberichtes 2006 des BMBF (www.bmbf.de/de/4237.php)

„Maßnahmekarrieren“, mit denen Lebenszeit Jugendlicher und Bildungsressourcen verschwendet werden.

Das Anfang 2005 in Kraft getretene neue Berufsbildungsgesetz eröffnet neue Wege, die aus „Warteschleifen“ produktive „Bildungsketten“ machen können. Die Anrechnung von Ausbildungszeiten in anderen Berufsbildungsgängen auf eine anschließende duale Berufsausbildung kann flexibler gehandhabt und stärker auf regionale Bedarfslagen ausgerichtet werden. Für Absolventen und Absolventinnen gleichwertiger Berufsausbildungen an Berufsfachschulen oder anderen Berufsbildungseinrichtungen wurden darüber hinaus die Möglichkeiten, eine Kammerprüfung für einen anerkannten Ausbildungsberuf abzulegen, verbessert.

Bei Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen macht es keinen Sinn, alternative Ausbildungsmöglichkeiten abzulehnen

Für die Regionen sind dies neue Chancen: Der kooperative und koordinierte Einsatz vorhandener Berufsbildungskapazitäten ermöglicht es, mehr qualifizierte Angebote für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen zu schaffen. Durch Verbünde von Berufsfachschulen, Betrieben und Bildungsdienstleistern können zudem nachhaltige regionale Ausbildungsstrukturen entwickelt werden, die sich am Qualifikationsbedarf der regionalen Wirtschaft orientieren. Auf diese Weise sollte es gelingen, auch bei betrieblichen Ausbildungsplatzdefiziten qualifizierte Ausbildungsangebote in den bundesweit einheitlichen anerkannten Ausbildungsberufen für alle Nachfrager und Nachfragerinnen bereitzustellen. Das Ziel muss sein, möglichst allen Jugendlichen innerhalb von drei Jahren nach dem Schulabschluss einen anerkannten und arbeitsmarkt-gängigen Berufsausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Dazu ist nicht mehr Geld notwendig. Die sogenannten „Warteschleifen“ sind ja keine Billigangebote, sondern in der Regel kostenintensive Bildungsgänge an beruflichen Schulen und bei Berufsbildungsträgern.

Notwendig ist vielmehr eine vorbehaltlose Zusammenarbeit zwischen regionaler Wirtschaft, Kammern, beruflichen Schulen und anderen Berufsbildungseinrichtungen, um mit neuen Formen der dualen Kooperation erstklassige ergänzende Berufsausbildungsangebote zu entwickeln.

Mit dem neuen Programm „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“, das vom BIBB durchgeführt wird, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter anderem auch die Organisation solcher regionalen Ausbildungskooperationen.

Die am Ausbildungspakt beteiligten Spitzenverbände der Wirtschaft sollten dies deutlicher und tatkräftiger unterstützen. Bei einem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen macht es keinen Sinn, alternative Berufsausbildungsmöglichkeiten abzulehnen oder nur als Notlösung hinzunehmen. Die Zeit drängt, denn auch 2006 ist nach allen bisherigen Daten eine wesentliche Verbesserung der Lage am Ausbildungsstellenmarkt nicht zu erwarten. Kooperative regionale Ausbildungsangebote an Berufsfachschulen, die Entlastung bringen könnten, müssen jetzt von den Beteiligten vor Ort vereinbart und organisiert werden! ■



MANFRED KREMER
Präsident des Bundesinstituts
für Berufsbildung, Bonn